



WER | **DENKT** | WAS
bürgernah & digital

„Stadtplanung und Stadtentwicklung: Bürgerbeteiligung stärken – Alltagsexperten frühzeitig einbinden“

Dokumentation zur Fachkonferenz

21. November 2019

Georg Christoph Lichtenberg-Haus Darmstadt



WER | **DENKT** | WAS
bürgernah & digital

wer denkt was GmbH | Robert-Bosch-Str. 7 | 64293 Darmstadt
T: +49 6151 62915-50
www.werdenktwas.de

Einleitung

Im Rahmen ihrer städtebaulichen Planungen setzen immer mehr Kommunen auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Mehr Bürgerbeteiligung bedeutet ein enormes Plus im Blick auf Legitimität, Qualität und Akzeptanz der Stadtplanung. Sie geht aber auch mit höheren finanziellen und personellen Ressourcen einher.

Die wer denkt was GmbH hat am 21. November 2019 zu diesem Themenkomplex eine Fachkonferenz in Darmstadt ausgerichtet. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit ProjektStadt statt, die seit mehr als 40 Jahren erfahrener und starker Partner in der Stadtentwicklung sind. Im Rahmen der Fachkonferenz wurden die verschiedenen Beteiligungsverfahren vorgestellt. Ziel war es aufzuzeigen, wie sich die Verfahren im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben. Anhand von Best Practice-Beispielen wurde gezeigt, was sich bewährt hat und wohin der Trend geht. Zugleich wurde im Rahmen der Fachvorträge demonstriert, wie sich mit einer Kombination aus Angeboten vor Ort und digitalen Verfahren Synergieeffekte nutzen lassen. Im Rahmen der Fachkonferenz wurden somit Chancen und Stolpersteine der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung aufgezeigt.

Im zweiten Teil der Fachkonferenz hatten die Besucherinnen und Besucher im Rahmen von Diskussionsrunden die Möglichkeit, sich mit Erfahrungsträgern aus verschiedenen Kommunen intensiv auszutauschen.



Georg Christoph Lichtenberg-Haus.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Programm

Begrüßung

Dr. Robert Lokaiczyk, Geschäftsführer, wer denkt was GmbH

Markus Eichberger, Leiter Unternehmensbereich Stadtentwicklung, ProjektStadt

„Planung und Beteiligung zusammen denken! – Dialogkultur im Wandel“

Martina Fendt, Marius Becker & Jan Thielmann, ProjektleiterInnen, ProjektStadt

„Online-Beteiligung in der Stadtentwicklung und Stadtplanung – Verschränkung von Online- und Offline-Formaten“

Theresa Lotichius, Abteilungsleiterin Bürgerbeteiligung, wer denkt was GmbH

Alexandra Eberhard, Leiterin Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Stadt Friedrichshafen

Diskussionsrunden zu praktischen Fragen:

Befragung oder Beteiligung? Geeignete Tools für die Stadtentwicklung

Alexandra Eberhard, Leiterin Stabsstelle
Bürgerbeteiligung, Stadt Friedrichshafen

Mehr als Meckerkultur! Positive Beispiele im Stadtbild sichtbar machen

Susanne Radmann, kommissarische
Bürgerbeauftragte, Wissenschaftsstadt
Darmstadt

Christina Illi, Stadtplanungsamt,
Wissenschaftsstadt Darmstadt

Informelle Gremien als fester Bestandteil der Bürgerbeteiligung? Wie die frühzeitige Einbindung von Multiplikatoren in langfristige Planungsprozesse gelingt

Olaf Burmeister-Salg, Abteilungsleiter
Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Soziales,
Gemeinde Münster (Hessen)

Aktivierung der Bürgerschaft in Prozessen der Integrierten Stadtentwicklung! Geeignete Formate im Umgang mit verschiedenen Zielgruppen und Konflikten

Heiko Büsscher, Leiter Stadtplanungsamt, Stadt
Kassel



Vorstellung des Tagesprogramms durch Ulrich Türk.

Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Einführung in den Tag

Die Fachkonferenz „Stadtplanung und Stadtentwicklung“ wurde von Dr. Robert Lokaiczny, Geschäftsführer der wer denkt was GmbH, und Markus Eichberger, Leiter Unternehmensbereich Stadtentwicklung bei ProjektStadt, offiziell eröffnet. Beide gingen auf die wichtige Rolle der Stadtplanung und Stadtentwicklung ein, die sich auch angesichts von Klimawandel und Nachverdichtung mit Herausforderungen konfrontiert sieht. Zeugnis davon geben auch diverse Förderprogramme, wie etwa „Soziale Stadt“, „Zukunft Stadtgrün“ oder „Baulandoffensive Hessen“. Um in Stadtentwicklungsprogrammen nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei zu planen, ist eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerschaft essentiell. Stadtentwicklung und -planung sind somit wichtige Themen im Bereich Bürgerbeteiligung – und andersherum. Um den Städten und Gemeinden hierbei ein möglichst breites und vielfältiges Portfolio anbieten zu können, haben sich ProjektStadt und die wer denkt was GmbH nicht nur für die Ausrichtung dieser Fachkonferenz zusammengeschlossen und bereits verschiedene Projekte gemeinsam durchgeführt.



Eröffnung der Fachkonferenz durch Dr. Robert Lokaiczny und Markus Eichberger.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Vorträge

„Planung und Beteiligung zusammen denken! – Dialogkultur im Wandel“

Martina Fendt und Marius Becker, Projektleiter der ProjektStadt, beleuchteten in ihrem Vortrag die sich im Wandel befindende Dialogkultur zwischen Stadt und Stadtbevölkerung sowie die daraus resultierende Rolle der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung. Der Fokus lag dabei auf diesen Kernfragen: In welcher Weise hat sich die Dialogkultur verändert? Was bedeuten Beteiligung und Mitwirkung vor diesem Hintergrund? Wie können partizipatorisches Planen und Handeln dazu beitragen, dass die Stadtentwicklung von der Vor-Ort-Expertise der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich profitiert? Zum Abschluss des Vortrags präsentierten Marius Becker und Jan Thielmann, ebenfalls Projektleiter der ProjektStadt, Praxisbeispiele für erfolgreiche Beteiligungen in Stadtentwicklungsprojekten. Dafür wurden Beispiele aus Frankfurt-Nied und Kassel-Wehlheiden in einem Pecha-Kucha-Format vorgestellt.



Martina Fendt bei ihrem Vortrag.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer

Zu Beginn des Vortrags ging Martina Fendt zunächst auf die verschiedenen Beziehungsebenen von Stadt und Stadtgesellschaft ein. Sie stellte dabei insbesondere die Rolle gesellschaftlicher Verschiebungen sowie der heutigen Dialogkultur heraus. So komme der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung eine besondere Rolle zu, da sie gelebte, praktizierte, ein- und ausgeübte Demokratie sei. Jedoch beeinflussen unterschiedliche übergeordnete Rahmenbedingungen sowie deren Wandel die Art und damit den Erfolg des Dialogs. So werden auf der lokalen Bühne auch Probleme verhandelt und Konflikte ausgetragen, die nicht lokalen, sondern vielmehr globalen Ursprungs sind. Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel sind einige Beispiele für

gegenwärtige Prozesse, die einen Einfluss auf den Dialog auf kommunaler Ebene haben – obgleich sie sehr weit über das Lokale hinausgehen. Hinsichtlich gesellschaftlicher Verschiebungen lassen sich die veränderten Geschlechterrollen und Familienbilder, wachsende soziale Ungleichheiten sowie Unsicherheit und Zukunftsängste exemplarisch nennen.

Herausforderungen für den Dialog zwischen Stadtpolitik und -gesellschaft liegen darüber hinaus darin, dass Bürgerbewegungen auf lokaler Ebene vorwiegend Partikularinteressen vertreten („not in my backyard“) und sich insbesondere der Modus des Aushandelns wandelt. So fordere die Bürgerschaft einerseits zunehmend Transparenz und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Andererseits wachse jedoch auch die Rolle von Emotionen und gefühlten Wahrheiten. Wie kann Beteiligung in der Stadtentwicklung vor dem Hintergrund dieses Wandels konstruktiv gestaltet werden? Bei der

Beantwortung dieser Fragestellung muss besonders die Rolle von Kommunikation betont werden. So ist es von zentraler Bedeutung, Abwägungen auf der Sachebene transparent zu machen, zu gesetzten Prioritäten und vorgebrachten Argumenten zu stehen und somit stets einen Modus des fairen Aushandelns anzustreben und einzuüben. Zusammenfassend gesagt: Beteiligung und Mitgestaltung muss als selbstverständlicher Teil der Stadtkultur verstanden und etabliert werden.



Marius Becker bei seinem Vortrag.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Daran anschließend ging Marius Becker auf weitere Aspekte ein, die bei der Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung von Bedeutung sind. So soll Beteiligung einerseits einen Perspektivwechsel ermöglichen, also dazu führen, dass alle beteiligten Gruppen jeweils die Sichtweise des anderen nachvollziehen können. Zugleich muss sie die Bürgerinnen und Bürger „abholen“. Nicht die Bürgerschaft müsse zur Beteiligung kommen, sondern die Beteiligung zu der Bürgerschaft. Da das Publikum der Stadtgesellschaft vielfältiger wird, sollten die Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen Methoden und Medien angesprochen werden („crossmediale Beteiligung“). Andererseits muss man sich stets der großen Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an Beteiligungen bewusst sein. Es ist unabdingbar, von Beginn an zu vermitteln, worum es bei der Beteiligung geht und was damit erreicht werden kann. Dafür müssen auch die Rollen und Aufgaben im Vorfeld definiert werden. Kurz gesagt: Beteiligung braucht eindeutige und transparente Spielregeln. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Rückkopplung: Wird eine Entscheidung getroffen, müssen auch die Beweggründe hierfür transparent dargestellt werden.

Anhand eines exemplarischen Ablaufs eines Stadtentwicklungsprozesses, in diesem Falle der Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplans für ein Neubaugebiet, verdeutlichte Marius Becker, wie eine integrierende Planung aussehen kann. Damit zeigte er zugleich, dass die Erarbeitung eines Rahmenplans gleichermaßen eine planerische und eine kommunikative Aufgabe ist. Der Wert eines Rahmenplans bemisst sich also nicht nur in der fachlichen Qualität der analytischen und konzeptionellen Ergebnisse, sondern auch daran, ob ein solches Konzept lokal von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern und sonstigen Akteursgruppen mitgetragen wird. Daher sollte die Erarbeitung eines Rahmenplans als ein dialogischer Planungsprozess verstanden werden, in den die lokalen Akteursgruppen von Anfang an intensiv eingebunden sind. Als Fazit lässt sich festhalten, dass Stadtplanung und Bürgerbeteiligung stets zusammen gedacht werden müssen.

Im Anschluss an den Vortrag präsentierten Jan Thielmann und Marius Becker Beispiele für Beteiligungsformate und -methoden, die erfolgreich in Frankfurt-Nied und Kassel zur Anwendung gebracht wurden. In Nied wurde aufgrund der Größe und Heterogenität des Stadtteils Wert auf



Jan Thielmann stellt Beteiligungsformate in Frankfurt-Nied vor.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

eine Vielfalt bei den Beteiligungsformaten gelegt, um so einen breiten Querschnitt zu erreichen – mit Erfolg: Beachtliche 2.700 Hinweise kamen dabei zusammen. Neben klassischen Informationsständen, Stadtteilrundgängen, Runden Tischen und Leitfadengesprächen kamen auch eine Postkartenabfrage mit Sammelboxen und ein Online-Crowdmapping zum Einsatz, welches von wer|denkt|was konzeptioniert und erstellt wurde. Bei der anschließenden Projektvorstellung aus Kassel wurden zwei Beispiele aus der Kinderbeteiligung hervorgehoben. Beide Projekte verdeutlichten, wie eine

zielgruppenspezifische Ansprache über niedrigschwellige Beteiligungsformate dabei hilft, dass sich nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ bei der Stadtentwicklung beteiligen. Auf diese Weise kann somit eine breite Akzeptanz seitens verschiedener Gruppen in der Stadtbevölkerung für politische Entscheidungen befördert werden.

„Online-Beteiligung in der Stadtentwicklung und Stadtplanung – Verschränkung von Online- und Offline-Formaten“

Im Anschluss stellten Theresa Lotichius, Abteilungsleiterin für Bürgerbeteiligung der wer denkt was GmbH, und Alexandra Eberhard, Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Friedrichshafen, digitale Bürgerbeteiligungsverfahren für die Stadtentwicklung und Stadtplanung vor. Dabei lag der Fokus auf der Verschränkung von Online-Formaten und Beteiligungsverfahren vor Ort.



Theresa Lotichius bei ihrem Vortrag.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Theresa Lotichius ging zunächst auf die Vorteile der Online-Beteiligung als kostengünstige Ergänzung zu Präsenzveranstaltungen sowie zeit- und ortsunabhängige Beteiligungsmöglichkeit auch für (beruflich oder familiär) zeitlich stark eingebundene Bürgerinnen und Bürger ein. Auch stellte sie die Möglichkeit vor, unterschiedliche Informationstiefen und -ebenen für verschiedene Interessenslagen anzubieten. Gleichzeitig schränkte sie die Verwendung der Online-Formate vor allem für die Bausteine Information und Konsultation ein. Zentral für den

Erfolg seien ein klar strukturierter Prozess und frühzeitig und verständlich kommunizierte Spielregeln. Im Bereich der Stadtentwicklung und -planung sollten Online-Formate nicht isoliert von Beteiligungsverfahren vor Ort gedacht werden, so die Abteilungsleiterin.

In Anlehnung an den von ProjektStadt im vorherigen Vortrag vorgestellten idealtypischen Ablaufplan stellte Theresa Lotichius verschiedene Prototypen der Onlinebeteiligung vor: Zu einem frühen Zeitpunkt, während der Analyse bzw. Zieldefinition, sind Umfragen zur Ermittlung des Status quo, wie offene textbasierte Verfahren und kartenbasierte Beteiligungsverfahren denkbar, um eine Bestandsanalyse zu unterstützen. Wichtig sei hierbei die Offenheit des Prozesses, gleichzeitig müsse die Beteiligung dennoch strukturiert sein, um ein Wunschkonzert zu vermeiden. Eine Verschränkung mit Veranstaltungen vor Ort ist möglich, indem beispielsweise erste Ideen und Ziele aus den Veranstaltungen online abgebildet und ergänzt werden können.

Zu einem späteren Zeitpunkt, während der Planungsphase, können hingegen Umfragen zur Klärung eines bestimmten Sachverhaltes (Beispiel Marburg: Ist Anwohnerparken gewünscht oder nicht?) oder eine textbasierte Ziel- und Maßnahmenkommentierung eingesetzt werden. Die Formate basieren dabei auf den erarbeiteten Konzepten und Vorstellungen, die den Gestaltungsspielraum klar einschränken. Eine Verschränkung mit Veranstaltungen vor Ort ist beispielsweise denkbar, indem die Anregungen der Bürgerschaft in den Veranstaltungen (beispielsweise zu den vorgestellten Varianten oder Maßnahmen) in die Onlinebefragung oder -diskussion mit aufgenommen und als Grundlage für weitere Anregungen dargestellt werden.

Anschließend stellte Alexandra Eberhard, Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Friedrichshafen, die Strategien der Bürgerbeteiligung in Friedrichshafen sowie das Online-Beteiligungsportal www.sags-doch.de vor. Dabei standen Chancen und Stolpersteine digitaler Bürgerbeteiligung im Fokus des Vortrags. Aufbauend auf ihre Schilderung der städtischen Vorgehensweise bei der Planung von Beteiligungsprozessen und der Auswahl geeigneter Werkzeuge empfahl Frau Eberhard die Verknüpfung von Online- und Offline-Beteiligungsformaten.

Bürgerbeteiligung hat in der Stadt Friedrichshafen Tradition. Dort ist man geprägt von dem Bewusstsein, dass der direkte Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft die Entscheidungsfindung unterstützt. Weiterhin wurde immer wieder die Erfahrung gemacht, dass Beteiligung insgesamt zu besseren Entscheidungen und letztendlich auch zu einer höheren Akzeptanz des Verwaltungshandels führt – gerade auch in der Stadtentwicklung. Alexandra Eberhard machte daher deutlich: Bürgerbeteiligung ist ein Gewinn sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Bürgerschaft. Dementsprechend ist die Stadt fortlaufend darum bemüht, ihre Bürgerinnen und Bürger stärker in Planungs- und Umbauprozesse einzubeziehen. Dabei ist sie bereit, auch neue Wege auszuprobieren.



Alexandra Eberhard spricht über Beteiligungsprojekte in Friedrichshafen.

Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

www.sags-doch.de ist das zentrale Online-Portal der Stadt Friedrichshafen und des Bodenseekreises für konstruktive Bürgerideen zu Themen, die das direkte Lebensumfeld der Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Seit 2015 wird die digitale Plattform für thematisch definierte und zeitlich begrenzte Beteiligungsprojekte unter dem Claim „mach mit!“ genutzt – parallel zum Ideen- und Hinweisservice „sag’s doch“. Neben einem umfassenden Redesign in den

Jahren 2016 und 2019 zeichnet sich das Portal vor allem durch einen kontinuierlichen Ausbau und eine permanente technische Weiterentwicklung aus.

Alexandra Eberhard erläuterte im Folgenden, wie die ersten „mach mit!“ -Projekte noch ausschließlich digital abgebildet wurden. Im Rahmen der Online-Ideensammlung zum Doppelhaushalt 2016/17 gingen im Jahr 2015 insgesamt 182 Ideen und über 1.500 Stimmen ein. Als „erste Lernkurve“ beschrieb sie die in diesem Zusammenhang entwickelte Absicht, anschließend verstärkt eine Verschränkung von Online- und Offline-Formaten anzustreben. Seitdem werden die etablierten und stark genutzten digitalen Beteiligungsverfahren in der Regel – bei entsprechendem Bedarf und Passgenauigkeit – mit Möglichkeiten der Beteiligung direkt vor Ort verschränkt. Die Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Uferparks lief beispielsweise in zwei Phasen ab: Zunächst wurden über „mach mit!“ Ideen zu unterschiedlichen Aspekten wie Seezugang, Nutzungskonflikte, Ufernutzung und Aufenthaltsqualität gesammelt. Nachdem die Bürgerideen in den sich anschließenden Städtebaulichen Ideenwettbewerb eingeflossen waren, wurden wiederum die Bürgerinnen und Bürger gefragt und die Entwürfe der Preisträger in einem BürgerInnen-Workshop diskutiert. Auch für den Planungsprozess zur Stadtteilentwicklung Fischbach konnten Nutzende ihre Ideen zunächst auf der Online-Plattform einbringen. Die Ideensammlung strukturierte die folgende Diskussion und diente zugleich der Vorbereitung des nachfolgenden Workshop-Verfahrens vor Ort.

Insgesamt plädierte Alexandra Eberhard für eine grundsätzliche Beteiligung der Bürgerschaft bei städtebaulichen Themen. So wird in Friedrichshafen nach Möglichkeit schon vor dem Planungswettbewerb zu einem Stadtentwicklungsprojekt eine Online-Ideensammlung oder eine Online-Befragung durchgeführt, je nach Gestaltungsspielraum. Die zu diesem frühen Zeitpunkt des Verfahrens gewonnenen Erkenntnisse und Perspektiven der Bürgerschaft können anschließend direkt in die Aufgabenstellung an die am Wettbewerb teilnehmenden Planer einfließen. Dabei hege sie keine Bedenken hinsichtlich eines frühen Zeitpunkts der Beteiligung, obwohl in der Regel hier noch keine konkreten Planungskonzepte vorliegen: „Es geht darum, zu ermitteln, was den Bürgerinnen und Bürgern fehlt und zu erkennen, wo der Bedarf liegt. Daher ist diese Abfrage vor der eigentlichen Planung so wichtig. Eine offene Ideensammlung oder Befragung gibt erste Hinweise und zeigt neue Blickwinkel auf, zum Beispiel, wo es bereits einen Konsens gibt, wo es gegenläufige Meinungen gibt und wo die Schnittmengen sind“, erläuterte Alexandra Eberhard die Herangehensweise.

Weitere Möglichkeiten der Beteiligung direkt vor Ort wie etwa Informationsveranstaltungen, gemeinsame Begehungen des Plangebiets oder die spätere Vorstellung der Planentwürfe in Workshops bilden die angestrebte Verschränkung von Online- und Offline-Formaten ab. Sowohl mit Blick auf die Offline-Formate als auch auf die Online-Beteiligung ermunterte Frau Eberhard zu einer selbstbewussten Verwaltung und einer proaktiven Herangehensweise: „Fordern Sie intern Ressourcen ein. Und holen Sie sich externe Fachleute ins Boot.“

Zum Abschluss hielt Alexandra Eberhard ein Plädoyer für Online-Bürgerbeteiligung und skizzierte – unter der Prämisse, dass Abstand von isolierten Online-Verfahren genommen wird – nochmals die wesentlichen Vorteile: transparente und übersichtliche Informationsaufbereitung, sinnvolle Ergänzung zu Präsenzveranstaltungen, niederschwelliges Angebot, zeit- und ortsunabhängige Beteiligungsmöglichkeiten, Ansprache einer breiteren Zielgruppe (zeitlich eingespannte Menschen,

neue Personenkreise, Jugendliche). Demgegenüber, so Alexandra Eberhard, sehe sie beim richtigen Einsatz der Werkzeuge „keine Nachteile“ und in einer angemessenen Verschränkung von Online- und Offline-Formaten die „einzig richtige Vorgehensweise“.



Zeit zum Netzwerken und Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Diskussionsrunden zu praktischen Fragen

Befragung oder Beteiligung? Geeignete Tools für die Stadtentwicklung

In der Expertenrunde mit der Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Friedrichshafen Alexandra Eberhard, ging es vor allem darum, welche Werkzeuge für welche Arten von Beteiligungsprojekten sinnvoll zum Einsatz kommen können.

Für die Auswahl des richtigen Werkzeugs gebe es drei zentrale Überlegungen, so die Expertin:

- Welche Ressourcen stehen zur Verfügung?
- Welches Ziel verfolgt man mit der Bürgerbeteiligung?
- Was passt zur Stadt und zum Thema (Erfahrungen aus vorigen Projekten)?

Ausgehend von den Erfahrungen der Stadt Friedrichshafen erklärte Frau Eberhard gleich zu Beginn, warum eine Befragung die für sie „beste Methode“ sei, ein Meinungsbild einzuholen. In einer Befragung der Stadt Friedrichshafen im Rahmen eines Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) wurde eine Rücklaufquote von 37% der repräsentativen Stichprobe erreicht, dazu kamen 1.000 weitere Antworten von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der Stichprobe. Dies sei ein hervorragendes Ergebnis und Befragungen seien oft ein erster Berührungspunkt der Bürgerschaft mit einem Thema. Des Weiteren empfehle sich eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger besonders, wenn der Gestaltungsspielraum begrenzt sei.



Diskussionsrunde mit Alexandra Eberhard, Leiterin Stabsstelle Bürgerbeteiligung in Friedrichshafen.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Der Aufwand zur Umsetzung und Auswertung der Befragungen wurde ebenfalls diskutiert. In Friedrichshafen habe man diese Leistungen an den Dienstleister wer|denkt|was ausgelagert. Insbesondere die zur Verfügung gestellten grafischen Auswertungen seien hilfreich für den Gemeinderat. Die Entwürfe der Befragungen werden von der Stadt erstellt und von wer|denkt|was überarbeitet. Die Tiefe der anschließenden Auswertung sei entscheidend für den Kostenaufwand.

Auch der Aufwand zur Umsetzung der Angebote zur Bürgerbeteiligung wurde thematisiert. Hierzu konnte Alexandra Eberhard ausführen, dass die Stadt Friedrichshafen für das „Alltags-sag's-doch“ (Mängelmelder) eine 30%-Stelle eingerichtet habe, die die Moderation übernehme. Bei

digitalen Beteiligungsprojekten („mach mit“) sei jeweils abzuwägen, ob die Moderation intern oder extern durchgeführt werden solle. Für die Stabsstelle Bürgerbeteiligung stehen in Friedrichshafen aktuell 1,5 Stellen zur Verfügung. Entstanden ist diese aus dem Bereich Bürgerschaftliches Engagement, was heute jedoch in einem anderen Bereich angesiedelt sei.



Ergebnisse der Diskussion. Bildquelle: wer denkt was GmbH.

Die Aufgabe der Stabsstelle sei es, die Fachämter hinsichtlich der Beteiligung von Bürgern zu beraten und die Infrastruktur für Bürgerbeteiligung zur Verfügung zu stellen („sag's doch“ / „mach mit“). Die Verfahren selbst werden von den Fachämtern allerdings in eigener Regie durchgeführt.

Die Akzeptanz in den Fachämtern schaffe man laut Frau Eberhard am besten durch positive Beispiele. Dies gelinge am besten, indem man mit einem Mängelmelder anfangen, als Ideen- und Hinweis-Service im Alltag. Damit könne man einerseits die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung und andererseits den Gemeinderat überzeugen. Allerdings sei der Prozess, Akzeptanz für Bürgerbeteiligung zu schaffen, niemals abgeschlossen.

In Hinblick auf den richtigen Zeitpunkt zur Bürgerbeteiligung drehte sich eine Diskussion ganz gezielt um die Frage, ob es zielführend sei, ein Beteiligungsverfahren schon vor einer ersten Planung bzw. einem ersten Konzept durchzuführen. Hier erklärte Frau Eberhard, dass es ja gerade darum gehe, zu ermitteln, was den Bürgerinnen und Bürgern fehlt. Daher sei diese Abfrage eben explizit vor der Planung von zentraler Bedeutung. In einem offenen Beteiligungsverfahren zur Bauleitplanung in Fischbach sei von Bürgerinnen und Bürgern so beispielsweise die Idee eines Mehrgenerationenhauses entstanden, welches die Stadt vorher nicht im Blick hatte. Hier hat sich die offene Ideensammlung bewährt.



Fachbezogener Austausch im Kaminzimmer. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Hinsichtlich der digitalen Werkzeuge zeigte sich Alexandra Eberhard offen für verschiedene Formate und Kanäle. Es werde jeweils geprüft, welches Format sich für das Projekt anbiete. Es gebe auch Beteiligungsverfahren, die außerhalb des Portals „mach mit“ stattfinden, so bspw. eine Jugendbeteiligung zum Skatepark, die über WhatsApp geführt wurde.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Erfahrungen mit Online-Bürgerbeteiligung gesprochen, die beispielsweise auch entgegen anfänglicher Skepsis durchaus positiv verlaufen sei. So würden die Teilnehmenden an Online-Beteiligungsverfahren die Beteiligung durchaus ernst nehmen und die Selbstregulierung in Online-Dialogen sei ebenfalls hilfreich. In Bürgerdiskussionen – sei es nun online oder offline – könne sich für die Teilnehmenden herausstellen, dass andere Personen ebenfalls berechnete Interessen und somit auch andere Meinungen haben, und nicht jedes Thema einen Konsens zur Zufriedenheit aller findet.

Frau Eberhard stellte fest, dass über die verschiedenen Formate der Bürgerbeteiligung in Friedrichshafen auch der Wille zur politischen Mitgestaltung gestärkt wurde. So konnten beispielsweise neue Bürgerinnen und Bürger für den Gemeinderat oder das Jugendparlament gewonnen werden. Trotz umfassender Bürgerbeteiligungsverfahren liege die finale Entscheidung zu den Inhalten und Umsetzungen jedoch selbstverständlich immer beim gewählten Gemeinderat. Allerdings würden die Ergebnisse aus Beteiligungsverfahren in Friedrichshafen im Gemeinderat meist einstimmig beschlossen.

Mehr als Meckerkultur! Positive Beispiele im Stadtbild sichtbar machen

In dieser Diskussionsrunde standen als Darmstädter Expertinnen Susanne Radmann (Büro der Bürgerbeauftragten) und Christina Illi (Stadtplanungsamt) zur Verfügung. Sie stellten zunächst die Maßnahmen zum „Masterplan 2030“ der Stadt Darmstadt für die Stadtentwicklung vor.

Darmstadt zeichnet sich durch ein starkes Bevölkerungswachstum aus und ist in der Ausbreitung der städtischen Fläche durch eine bewaldete Umgebung mit Naturschutzgebieten und ein Fluglärmbereich des Frankfurter Flughafens begrenzt. Trotzdem ist die Schaffung neuen Wohnraums unumgänglich. Da durch die äußere Begrenzung entsprechende Maßnahmen innerhalb der Stadt umgesetzt werden müssen, sollen Bürgerinnen und Bürger besonders eingebunden werden.



Diskussionsrunde mit den Expertinnen aus Darmstadt: Christina Illi und Susanne Radmann. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Eine Kernidee bei der Entwicklung des Masterplanes 2030 war es, die positiven Aspekte der Stadt und deren besondere Eigenschaften aufzuzeigen, die zu bewahren sind und weiter ausgebaut werden sollen. Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Aktion „Darmstadts Schätze“, ein Online-Beteiligungsverfahren auf der Darmstädter Beteiligungsplattform www.da-bei.darmstadt.de. Dabei konnten Bürgerinnen und Bürger herausragende Orte, Institutionen und Plätze auf einer Karte markieren und so

sichtbar machen. Daneben konnten Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der „Stadtaktionen“ ihre eigenen Ideen einbringen und Bürgerprojekte ins Leben rufen. Diese wurden finanziell gefördert und durch die Ideengeberinnen und Ideengeber umgesetzt. Es ging dabei vor allem darum, der Bürgerschaft ihre eigene Verantwortlichkeit für Gestaltungsprozesse aufzuzeigen und so eine neue Form der politischen Kultur zu schaffen.

Neben diesen besonderen Maßnahmen gab es auch klassische Bürgerforen, bei denen die professionellen Planungsteams für die Stadtentwicklung unmittelbar in Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern treten konnten und somit auch erste städtebauliche Ideen der Bevölkerung vorstellten. Ziel war dabei zum einen die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Zum anderen ging es aber auch um das Aufzeigen der Komplexität von Planungsprozessen. Durch begehbare Pläne wurde diese direkt erlebbar gemacht. Mit den Teilplänen vor Augen und eventuellen Überschneidungen konnten auch Widersprüche und Unvereinbarkeiten in der Stadtplanung im Detail aufgezeigt werden.



Workstation der Diskussionsrunde. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Bei der anschließenden Fragerunde ging es in der Diskussion um aktuelle Themen und Trends wie den Klimawandel, den 5G-Ausbau und eine stärkere Protest- und Beteiligungsbewegung im letzten Jahr. Es wurde festgestellt, dass diese neuen Einflüsse bisher noch wenig Einwirkung auf die Entstehung des Masterplanes hatten. Jedoch wurde auch deutlich, dass dies durchaus im laufenden Prozess noch der Fall sein könnte. Bisher war die Stadtentwicklung in Darmstadt also noch wenig von konflikthafter Diskursen betroffen.

Die Teilnehmenden der Runde interessierten sich darüber hinaus für Stolpersteine und Herausforderungen im Prozess. Dazu nannten die Expertinnen eine Stagnation im Informationsfluss im Anschluss an die Bürgerforen: Während die Veranstaltungen eng getaktet waren und die Bürgerschaft in diesem Rahmen auch über die Online-Plattform immer wieder Informationen zum Prozess erhalten hatte, wurde es anschließend stiller um das Projekt. Denn während sich die Maßnahmen zur Abstimmung in der Verwaltung befanden, wurde nicht mehr

darüber berichtet. Im Austausch schlugen Teilnehmende der Diskussionsrunden an dieser Stelle eine weitere Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern vor, selbst wenn aktuell keine neuen Ergebnisse zu vermelden sind.

Der Gesamtprozess wurde von Politik und Bevölkerung positiv aufgenommen. Er war aber insgesamt sehr aufwendig und erforderte ein hohes Maß an Öffentlichkeitsarbeit, resümierten die Expertinnen. Die Teilnehmenden der Diskussionsrunde interessierten sich für konkrete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Radmann und Illi berichteten, dass hier unter anderem Plakate, Pressemitteilungen, Artikel im Stadtmagazin, Social Media und Reklame in der Straßenbahn zum Einsatz kamen.

Gefragt wurde auch nach den Erfahrungen mit der Veranstaltungsorganisation bezüglich der Veranstaltungsorte und -zeiten. Dass viele Veranstaltungen abends stattfanden, traf auf keine negative Resonanz in der Bevölkerung. Andere Städte hatten hier die Erfahrung gemacht, dass es zur Einbindung möglichst breiter Bevölkerungsschichten sinnvoll sein kann, Termine zu verschiedenen Tageszeiten anzubieten.

Informelle Gremien als fester Bestandteil der Bürgerbeteiligung? Wie die frühzeitige Einbindung von Multiplikatoren in langfristige Planungsprozesse gelingt

Die Aufnahme in das hessische Städtebauförderprogramm „Aktive Kernbereiche“ im Jahr 2018 nahm die Gemeinde Münster (Hessen) zum Anlass, eine „Lokale Partnerschaft“ zu initiieren. Seitdem begleitet eine Expertengruppe die Planungs- und Umsetzungsprozesse des Förderprogramms. Olaf Burmeister-Salg, Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Soziales in Münster berichtete vom Vorgehen und den Erfahrungen bei der Gründung des Gremiums sowie von der auf Dauer angelegten Zusammenarbeit.



Diskussionsrunde in der Bibliothek.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Im Rahmen der Lokalen Partnerschaft (LoPa) erarbeiten Vertreterinnen und Vertreter aus der Gemeindegesellschaft gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, der Verwaltung und den Stadtentwicklungsexperten der ProjektStadt Empfehlungen und Konzepte zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse im Ortskern. Die Gemeinde Münster betrachtet die LoPa heute als „zentrales Element der Bürgerbeteiligung“. Olaf Burmeister-Salg sprach vom „Maschinenraum“ des Stadtentwicklungs-

projekts. Er verdeutlichte, dass es sehr hilfreich sei, wenn Bürger mit Bürgern, aber auch Bürger mit Vertretern wesentlicher Institutionen und Verbände sowie der Kommunalpolitik regelmäßig in einem kontinuierlichem und gesetzten Rahmen ins Gespräch kommen und gemeinsam Ideen und Vorschläge entwickeln.

Zu Beginn der Diskussionsrunde warf Olaf Burmeister-Salg die Frage nach der politischen Legitimität informeller Gremien auf: Werden durch die Gründung von Expertenrunden formelle, politische Entscheidungsprozesse ausgehebelt? Konterkarieren Lokale Partnerschaften die Politik und die Hessische Gemeindeordnung in ihrer Entscheidungskompetenz? Hierauf sollten die Teilnehmenden der Diskussion am Ende noch eine eindeutige Antwort finden.

Das Expertengremium in Münster mache das ziemlich gut, so Olaf Burmeister-Salg. Als den großen Vorteil der Lokalen Partnerschaft stellt er heraus, dass damit großes Wissen angezapft und externes Expertenwissen generiert werde.



Expertenrunde mit Olaf Burmeister-Salg aus Münster (Hessen). Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

Dabei überzeugt die Expertenrunde durch ein hohes Maß an Wissenstiefe. Dies sorgt dafür, dass Themen aus komplexen Perspektiven beleuchtet werden und ermögliche eine anspruchsvolle thematische Ansprache. Insgesamt zeichnen sich die Gruppe und deren Ergebnisse durch intensives Nachdenken, stetigen Austausch und hohe Fachlichkeit aus. Interessenskonflikte werden frühzeitig angesprochen und gemeinsam diskutiert. Außerdem beschrieb Burmeister-Salg die Tatsache, dass man sich auch ohne Partei- oder Vereinsarbeit einbringen kann, als Vorteil der informellen Gremien. Man gewinne diejenigen hinzu, die sich nicht dauerhaft politisch engagieren möchten. Dadurch können letztendlich auch andere Perspektiven und Personenkreise als üblich eingebunden werden. Zudem betonte er die Multiplikator-Funktion der LoPa. Sie versammelt

proaktiv Interessierte, die dann die im Rahmen der Arbeitstreffen besprochenen Themen und Fragen in ihrem Umfeld weiterverbreiten. So kann eine Planung frühzeitig auf ein breites Fundament der Bürgerschaft gestellt werden.

Im Anschluss beleuchtete die Diskussionsrunde das richtige Vorgehen bei der Initiierung eines solchen Expertengremiums. Dabei liegt die optimale Teilnehmendenzahl bei 20 bis 25 Personen, größere Gruppen beeinträchtigen die Arbeitseffizienz. Olaf Burmeister-Salg machte mit Nachdruck deutlich, dass die Gruppenzusammensetzung – sowohl Anzahl als auch konkrete Personenauswahl – gut bedacht sein muss. Ob die Politik in einem solchen Gremium vertreten sein sollte, wurde kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite müsse unbedingt vermieden werden, dass in solchen Runden die Diskussionen zu politisch werden. Auf der anderen Seite sieht man die Gefahr, dass Empfehlungen zur Entscheidungsfindung in der Politik nicht ernst genommen würden, sollte man nicht zumindest einen Vertreter aus jeder gewählten politischen Fraktion in die LoPa berufen. Die Erfahrung zeige, dass es besser sei, die Ratsfraktionen mit einzubeziehen. So können gemeinsam zu treffende Empfehlungen für die Planung auch im politischen Raum frühzeitig diskutiert werden. Dies beschleunige an vielen Stellen den politischen Beschluss, der immer am Ende eines Stadtentwicklungsprozesses steht.



Mit Blick auf das möglichst transparente und nachvollziehbare Auswahlverfahren ermunterte Olaf Burmeister-Salg zu einer selbstbewussten Verwaltung, die federführend agiert. Eine informelle Expertengruppe sollte immer ein Abbild der Stadtgesellschaft darstellen und muss unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehen. Burmeister-Salg plädierte hier für eine ausgewogene Verteilung und forderte das Bewusstsein darüber ein, dass auch der vorpolitische Raum politische Tendenzen abbildet. Zum Abschluss kamen die Gruppe zu dem Fazit, dass die in einem informellen Gremium erarbeiteten Vorschläge, Empfehlungen und Konzepte einen großen Mehrwert für die Stadtentwicklung darstellen, ohne die Politik in ihrer Entscheidungskompetenz in Frage zu stellen. Die Anwesenden betonten die Bedeutung von vorab klar kommunizierten Spielregeln. Schon bei der Initiierung eines informellen Gremiums sollte Klarheit über die Ziele, Möglichkeiten und Grenzen herrschen. Um Missverständnisse zu vermeiden können Zuständigkeiten und

Ergebnisse der Diskussionsrunde.
Bildquelle: wer denkt was GmbH.

Befugnisse in einer Geschäftsordnung festgehalten und von den Mitgliedern selbst und der Politik beschlossen werden.

Aktivierung der Bürgerschaft in Prozessen der Integrierten Stadtentwicklung! Geeignete Formate im Umgang mit verschiedenen Zielgruppen und Konflikten



Diskussionsrunde mit Heiko Büsscher, Leiter Stadtplanung Kassel. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

In dieser Diskussionsrunde wurde erörtert, welche Formate sowohl für die Aktivierung der Bürgerschaft als auch für den Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen und Konflikten am besten geeignet sind. In seinem Impuls ging Heiko Büsscher, Abteilungsleiter der Stadtplanung Kassel, auf drei Kernpunkte ein, die im Wesentlichen zu einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung beitragen können:

- 1) Findet Bürgerbeteiligung für ein konkretes Projekt statt, erlaubt dies die Identifikation und somit gezielte Ansprache einer oder mehrerer Zielgruppen.
- 2) Niederschwellige Formate, beispielsweise Stadtteilstadspaziergänge, eignen sich für eine Vielzahl an Projekten. Durch den eindeutigen Ortsbezug können konkrete, lokalräumliche Probleme ausfindig gemacht werden.

3) Projekte, bei denen Bürgerinnen und Bürger konkret betroffen sind, eignen sich besonders für Bürgerbeteiligung. So ist eine geplante Nachverdichtung für viele Anwohnerinnen und Anwohner relevant. Umso höher die konkrete, eigene Betroffenheit, desto stärker sei auch das Interesse an einer Beteiligung ausgeprägt, konstatierte Heiko Büsscher.

In der darauf folgenden Diskussion identifizierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Faktoren, die zum Misserfolg einer Bürgerbeteiligung beitragen können, sowie Lösungsansätze für diese Herausforderungen.



Herausforderungen der Bürgerbeteiligung.
Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.

So sind die gewählten Infokanäle oftmals nicht geeignet oder nicht ausreichend, um eine möglichst breite Zielgruppe anzusprechen. Neben der Veröffentlichung von Veranstaltungsterminen in Print-Medien oder auf der städtischen Website sind die sozialen Medien oftmals als Ergänzung zu empfehlen. Zudem sollte auf terminliche Überschneidungen mit anderen Veranstaltungen, wie zum Beispiel von Vereinen etc., geachtet werden. Informationen zu einer Veranstaltung sollten zudem nicht nur im „Planersprech“ wiedergegeben werden. Sie sollten stattdessen auf

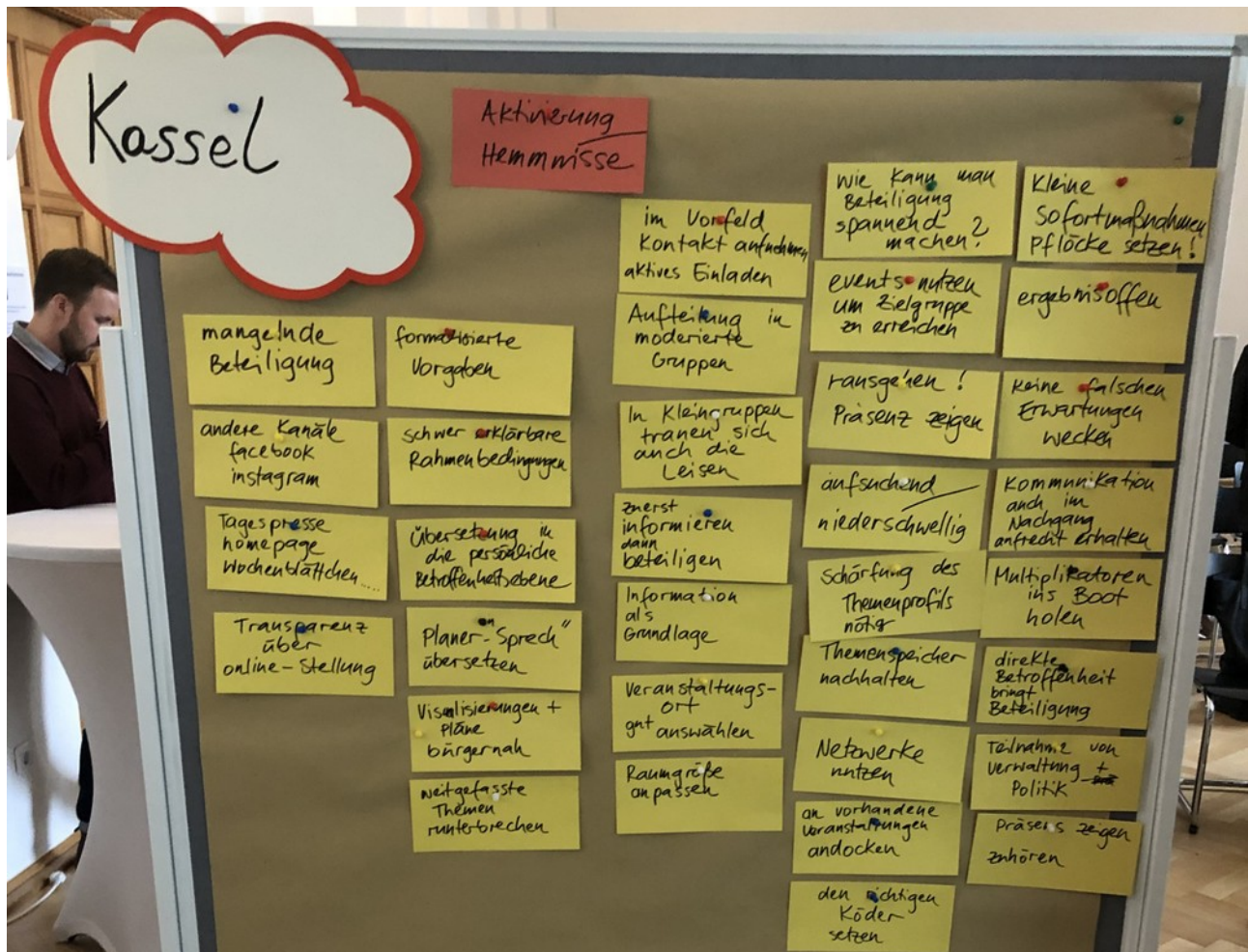
bürgerfreundliche und verständliche Art und Weise aufbereitet sein, um ein grundlegendes Verständnis zu schaffen und den konkreten Bezug zur Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger herzustellen.

Als mögliche Beteiligungsformate wurden Bürgerveranstaltungen vor Ort sowie diverse Formate der Online-Beteiligung besprochen. Dabei spielt Kommunikation eine wichtige Rolle; so muss beispielsweise klar kommuniziert werden, welche Rolle die Bürgerinnen und Bürger im Beteiligungsprozess einnehmen und wie viel Gestaltungsspielraum überhaupt vorhanden ist. Je nach Thematik und Gruppengröße können verschiedene Formate zum Einsatz kommen, beispielsweise Diskussionen in Kleingruppen oder offene Fragerunden im Plenum.

Entsprechend sollte man im Rahmen der Online-Beteiligung mit der deutlichen und verständlichen Information zu klaren Spielregeln arbeiten.

Weitere Vorteile der Online-Beteiligung liegen in den technischen Möglichkeiten der gezielten Projektsteuerung; so können Beiträge aus der Bürgerschaft beispielsweise erst freigegeben werden, nachdem sie einen Moderationsprozess durchlaufen haben. Die Moderation kann dabei eine wichtige Funktion übernehmen und Beleidigungen etc. erst gar nicht veröffentlichen. Zudem kann über eine ergänzende Einbindung von Social Media die Reichweite der Online-Beteiligung deutlich erhöht werden.

Abschließend wurden erfolgversprechende Maßnahmen zur Aktivierung gesammelt. Hierzu zählt die Kombination von Beteiligungsveranstaltungen mit anderen Formaten; dies können Volksfeste, Konzerte, Sportveranstaltungen sein. Über die ziel-gerichtete Ansprache von Multiplikatoren können ebenfalls mehr Menschen erreicht werden. Zudem können bestimmte Zielgruppen, beispielsweise Anwohnerinnen und Anwohner, direkt eingeladen werden.



Ergebnisse der Diskussionsrunde.
Bildquelle: wer denkt was GmbH.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten in einem regen Austausch Erfahrungen miteinander teilen und wertvolle Erkenntnisse für ihren Arbeitsalltag mitnehmen. Insbesondere zahlreiche nützliche Tipps aus der Praxis wurden rege diskutiert und erörtert.

Zusammenfassung und Fazit

Resümierend lässt sich festhalten, dass Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter mit weitreichenden Möglichkeiten, aber auch Pflichten und Verantwortung einhergeht. Seitens der Betroffenen steigen die Erwartungen und Ansprüche, gleichzeitig können Beteiligungsprozesse auf lokaler Ebene nur innerhalb des gesetzlichen, finanziellen und politischen Rahmens stattfinden. Unabhängig von inhaltlichen Problemstellungen muss Bürgerbeteiligung vor allem eines schaffen: Vielfalt und Perspektivenwechsel zwischen den Blickpunkten der Beteiligten und Entscheidenden.

Offline-Beteiligung bleibt weiterhin ein elementarer Baustein erfolgreicher Bürgerbeteiligung in Stadtplanungsprozessen und kann durch digitale Formate ergänzt und erweitert werden. So können offene Umfragen und kartenbasierte Abstimmungen mit Kommentarfunktion die zeitlichen und räumlichen Hürden effektiv und effizient relativieren und den Status Quo abfragen, während gezielte Fragestellungen und Maßnahmenkommentierungen im späteren Verlauf des Prozesses eingesetzt werden. Vor-Ort Termine sind dennoch unerlässlich für die Legitimität und Transparenz kommunaler Beteiligungsprozesse. Verbunden damit stellt sich auch die Frage nach den Ressourcen und der Arbeitsteilung – so kann die Auslagerung der Teilprozesse an Fachexperten Zeit und Personal sparen. Gleichzeitig festigen handfeste und verwertbare Ergebnisse die Akzeptanz innerhalb der Fachämter. Einen guten Einstieg findet man beispielsweise über ein Anliegenmanagementsystem, das zu einer Akzeptanz von und Gewöhnung an Bürgerhinweise führen kann. Dennoch müssen auch digitale Angebote erst einmal wahrgenommen werden und sollten daher mit „klassischen“ Formaten einer gezielten Ansprache der Betroffenen vor Ort kombiniert werden.

Die Erfahrungen innerhalb der Diskussionsrunden verweisen besonders auf den langfristigen Charakter der Bürgerbeteiligung. So sollten Bürger und Bürgerinnen zwar frühzeitig eingebunden werden; eine regelmäßige Kommunikation zu den Projekten und den Ergebnissen der Beteiligungsformate sind jedoch mit kontinuierlicher Kommunikation verbunden.

Vielversprechende Ergebnisse können auch informelle Gremien liefern – so beispielsweise bestehend aus ansässigen aber politisch nicht aktiven Experten. Hier, so zeigen Erfahrungswerte, spielen Zusammensetzung und Umfang der Gremien eine bedeutende Rolle. Ebenso sind klare Regeln und Ziele notwendig.

Die Fachkonferenz hat verschiedene Facetten unterschiedlicher Beteiligungsformate aufgezeigt und zahlreiche Diskussionen rund um die erfolgreiche Einbindung der Bürgerschaft und ihrer Alltagsexpertise entfacht. Eine zentrale Erkenntnis des Tages besteht darin, aus der Vielzahl an Beteiligungsformaten und -ansätzen über die Frage nach der Zielstellung und Zielgruppen, nach den Ressourcen und nach der Beteiligungskultur vor Ort die „richtigen“ Methoden für das jeweilige Projekt zu finden.

Anhang: Weitere Fotos



Plenum beim Vormittagsprogramm. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Plenum beim Vormittagsprogramm. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Applaus nach den Vorträgen. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Plenum bei den Vorträgen am Vormittag. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Diskussionsrunde mit Heiko Büsscher, Kassel. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Diskussionsrunde zum Praxisbeispiel Darmstadt. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Diskussionsrunde im Kaminzimmer mit Alexandra Eberhard, Friedrichshafen. Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.



Diskussionsrunde zum Praxisbeispiel Münster (Hessen). Bildquelle: ProjektStadt | Steffen Diemer.